

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 22 (1996)

Heft: 4

Rubrik: Rapports semestriels = Semesterberichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Rapports semestriels
Semestre d'été 1996**

**Semesterberichte
Sommersemester 1996**

Universität Basel

La réforme universitaire sera encore au centre de quelques prochains rapports semestriels. – Pendant le semestre d'été, la plupart de nouveaux organes – de la direction à travers facultés et départements jusqu'aux instituts – se sont constitués à neuf. – Le rythme du début diffère de plus en plus d'un développement naturel. Sans être sous pression il faudrait aussi régler en bonne entente toutes les questions restées en suspens dans le statut concernant le personnel. – L'autonomie se révèle sur la base de séances plus longues ainsi que plus de liberté. De cette façon tous les Instituts devront mettre sur papier leurs «visions» jusqu'au 2006.

Die neue Universität hat auch im vergangenen Berichtszeitraum mehr und mehr an Gesicht gewonnen. Nach dem Universitätsgesetz vom November 1995 wurde auch das detailliertere Universitäts-Statut am 1. März 1996 vom Universitätsrat in Kraft gesetzt. Es fehlen noch die Paragraphen, welche die Personalfragen wie Anstellungs- und Dienstverhältnisse, die Entlohnung, Altersvorsorge und das Rücktrittsalter regeln sollen. Beschlossen wurden hingegen vom Universitätsrat die Personalkategorien. Danach wird es die Gruppe der «Inhaber und Inhaberinnen von Professuren» geben mit Ordinarien und Extraordinarien; ferner Lehrbeauftragte und (neu) Assistenzprofessoren; Assistierende und technisch/administratives Personal. Nur Titelträger ohne Funktionen sind die Titularprofessoren und Privatdozenten. Eine Regelung der noch offenen Fragen, die aus den Gremien heraus, insbesondere in der Regenz einvernehmlich getroffen werden soll, braucht indessen mehr Zeit als ursprünglich veranschlagt. Mit Zustimmung des Universitätsrates hat die Regenz den Zeitplan deshalb gestreckt. Da bis zur Inkraftsetzung neuer Regelungen jeweils die bestehenden gelten und daher kein rechtloser Zustand

herrscht, will man sich nicht unter Zeitdruck setzen. Die Diskussionen bewegen sich zwischen der generellen Abschaffung des Beamtenstatus an der Universität auf der einen bis zur Beibehaltung des Status Quo auf der anderen Seite.

Die im Frühjahr nach dem neuen Universitätsgesetz und Statut gewählte Regenz hat im Sommersemester dreimal getagt. Die Autonomie hat zur Folge, dass alle Entscheidungsgremien häufiger, also auch in den Ferientagen müssen. Die vorlesungsfreie Zeit ist also für Sitzungen nicht mehr tabu.

Auch die anderen neuen Gremien haben sich im Berichtszeitraum konstituiert, angefangen von den Institutsversammlungen, die nach einem bestimmten Schlüssel zusammengesetzt sein mussten, um sich individuelle Institutsreglemente zu geben, über die neuen Departemente bis zu den «alten» Fakultäten, die nach der neuen Kompetenzverteilung «Fakultäten neuer Ordnung» genannt wurden, um in der Übergangszeit Verwechslungen zu vermeiden.

Da weder im Gesetz noch im Statut Zahl und Art der Departemente genannt sind, bleibt dort eine Flexibilität, die dem neuen autonomen Selbstverständnis entgegen-

kommt. So hat der Universitätsrat die Schaffung eines neuen Departements Psychologie und Erziehungswissenschaften beschlossen, dem neben dem Psychologischen Institut noch das Pädagogische Institut (ehemals Lehrerseminar) und das Institut für spezielle Pädagogik (ISP), welches bisher fakultätsunabhängig der Universität angegliedert war, angehören werden.

Kurz vor der endgültigen Beschlussfassung steht die Schaffung einer «Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät». Die Nationalökonomie war bisher Teil der Philosophisch-Historischen Fakultät. Der Universitätsrat hat bereits zugestimmt. Die Regenz wird dies demnächst ebenfalls tun. Die Trennung schreibt lediglich einen Zustand fest, der schon seit Jahren de facto besteht.

Seit Juli 1996 ist auch die neue universitäre Planungskommission unter der Leitung des Romanisten Georges Lüdi an der Arbeit. Sie ist die Nachfolge-Institution der ehemaligen Koordinations-Kommission. Letztere war eine Stabsstelle der Kantonsregierung, die neue Planungskommission ist ein inneruniversitäres Gremium mit weitgehenden Kompetenzen, das die Vorplanung und die Arbeit der Departemente koordiniert und in eine Gesamtplanung überführt. Dass die Planungsarbeit von den neuen Gremien ernst genommen wird, konnte man bereits im Sommersemester erfahren. Alle Institute mussten nicht nur ihre thematischen, finanziellen und personellen Ausichten bis ins Jahr 2006 zu Papier bringen, auf einem zweiten Formular war auch nach «Visionen» gefragt – eine ganz neue administrative Kategorie, die für Kreativität und Szenarien einigen Spielraum lässt.

Seit dem 1. Oktober ist als neuer Rektor der

Nationalökonom René L. Frey im Amt. Zum Rektor Designatus für die nächsten zwei Jahre wurde von der Regenz der Theologe Ulrich Gäbler gewählt. Am 1. Oktober hat auch der Leiter der neuen Personalabteilung der Universität, Daniel Fischer, seine Arbeit aufgenommen.

Trotz der umwälzenden Neuerungen, die von einer eher hektischen Phase allmählich in die gemässigtere Tagesroutine übergehen, hat auch im Sommersemester ein volles Lehr- und Forschungsprogramm stattgefunden. Berufungsverfahren, die nun ganz in der Kompetenz universitärer Gremien bleiben, nehmen ihren Lauf. Berufungsverhandlungen werden jetzt nur noch auf dem Rektorat und im betreffenden Institut geführt.

Die neue Tradition einer «Unimäss» wurde auch in diesem Jahr fortgesetzt. Vom 21.–23. Juni fand auf dem Gelände der Phil.II-Institute, dem Zuständigkeitsbereich des Rektors, die Unimäss 96 statt unter dem Titel: «Vielfalt und Grenzen des Lebens». Das Interesse an diesem populären Jahrmarkt wissenschaftlicher Forschung war auch diesmal sowohl bei der Bevölkerung als auch bei Universitätsangehörigen recht gross.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass die Universität schon seit einiger Zeit eine Homepage auf dem Internet eingerichtet hat, welche von der Öffentlichkeitsstelle ständig aktualisiert wird. Dort können alle Reglemente, Statuten, Regenzprotokolle, Veranstaltungsprogramme, Forschungsberichte und vieles andere mehr eingesehen und nach Bedarf ausgedruckt werden. Die Adresse ist: <http://www.unibas.ch>

Heinrich Löffler

Universität Bern

Lors de sa réunion du 5 septembre 1996, le parlement du Canton de Berne a voté en dernière lecture pour la nouvelle loi universitaire qui entrera en vigueur le premier septembre 1997. La nouvelle loi réorganise les rapports entre le canton et l'université. L'autonomie de l'université est élargie. Des compétences du domaine opérationnel se transmettent des autorités cantonales à l'université.

Une évaluation des tâches de chaque institut sera à la base de la convention entre le canton de Berne et l'université concernant les prestations de celle-ci.

Un nouveau décret sur les salaires des fonctionnaires cantonaux concerne aussi les membres de l'Université de Berne.

L'université essaie d'atténuer le problème du trop grand nombre d'étudiants dans certaines disciplines par des mesures internes.

Das neue Hochschulgesetz

An seiner Sitzung vom 5. September 1996 stimmte das Parlament des Kantons Bern in letzter Lesung einem neuen Hochschulgesetz zu. Nachdem von studentischer Seite das eventuell angedrohte Referendum nicht ergriffen wurde, wird das Gesetz am 1. September 1997 in Kraft treten.

Die hauptsächlichen Revisionspunkte des neuen Gesetzes sind folgende:

1. Das Verhältnis zwischen Kanton und Universität wird neu gestaltet. Die Autonomie der Universität wird erweitert. Zuständigkeiten der kantonalen Behörden im operativen Bereich gehen auf die Universität über.
2. Die Universität erhält eigene Rechtspersönlichkeit.
3. Die Universität stellt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst an. Für die Ernennung der ordentlichen Professorinnen und Professoren ist weiterhin der Regierungsrat zuständig.
4. Die Universität bestimmt inskünftig ihre Organisation unterhalb der Ebene

der Fakultäten selbst. Sie entscheidet namentlich über die Schaffung, Veränderung und Aufhebung von Instituten und weiteren Organisationseinheiten. Der Grosse Rat ist für die Schaffung und Aufhebung der Fakultäten zuständig.

5. Die Universität gibt sich selbst eine Grundordnung, das Universitätsstatut.
6. Kernaufgaben der Universität sind weiterhin die Ausbildung, Nachwuchsförderung, Weiter- und Fortbildung, Forschung und Dienstleistung. Grundsätze der Aufgabenerfüllung sind namentlich Zusammenarbeit, Koordination und Evaluation.
7. Der Senat wird zu einem handlungsfähigen Organ. Er bildet das «oberste Organ der Universität».
8. Die Stellung der Universitätsleitung wird gestärkt. Die Universitätsleitung stellt das Führungs- und Koordinationsorgan der Universität im operativen Bereich dar. Die Rektorin oder der Rektor bleibt mindestens vier Jahre im Amt

und ist vollamtlich tätig. Die Mitglieder der Universitätsleitung werden durch den Regierungsrat gewählt bzw. ernannt.

9. Der Aufbau der Universität in Fakultäten wird im Grundsatz beibehalten. Eine Öffnung ergibt sich durch die Möglichkeit der Schaffung von weiteren Organisationseinheiten, namentlich von interfakultären Einheiten.
10. Die strategischen Steuerungsinstrumente des Kantons werden ausgebaut. Der Regierungsrat formuliert Ziele und Vorgaben für die Hochschulplanung. Die Erziehungsdirektion erarbeitet, gestützt darauf, gemeinsam mit der Universität die Leistungsvereinbarung.

Leistungsauftrag

Als Grundlage für die im neuen Universitätsgesetz erwähnte Leistungsvereinbarung zwischen der Universität und dem Kanton sollen die Leistungsaufträge dienen, in welchen jedes einzelne Institut seine Zielsetzungen bis ins Jahr 2002 definiert. In Zukunft wird also nicht mehr das Lehrstuhldeputat eines Lehrstuhlinhabers der entscheidende Faktor sein, sondern die Gesamtheit der von einem Institut zu erbringenden Leistungen. Bis zur Einreichungsfrist am 31. August haben die meisten Institute ihr Papier eingereicht. Die insgesamt sorgfältig erarbeiteten Unterlagen sollen nun bereinigt und aufeinander abgestimmt werden, damit die Leistungsvereinbarung am 1. September 1998 in Kraft treten kann.

BEREBE

Am 1. Januar wird die neue Gehaltsverordnung für das Personal der bernischen Kantonsverwaltung in Kraft treten. Diese bezweckt, den Ersatz der bisherigen, stark ausbildungs- und erfahrungsbezogenen Entlohnung durch eine Regelung, die vor allem funktionsbezogen ist und den Einbau einer Leistungskomponente ermöglicht. Dies bedeutete, dass jede einzelne Stelle neu umschrieben werden musste, damit die Verwaltungsdirektion die entsprechenden Einstufungen in die neuen Gehaltsklassen vornehmen konnte.

Platzknappe Fächer und Universitätspool

In Anbetracht der Finanzlage des Kantons Bern, die sowohl beim Personal wie auch beim Budget der einzelnen Institute und Abteilungen keine Aufstockungen zulässt, hat die Universität Bern versucht, eine institutionsinterne Lösung der Probleme zu finden. Bis zum Jahre 2002 wird ein Pool von 3000 Personalpunkten (knapp 2% der gesamten Personalpunkte) geschaffen werden. Dieser soll dazu dienen, platzknappe Fächer zu unterstützen, innovative Projekte zu fördern und generell die Handlungsfähigkeit der Universität sicherzustellen. Der Senatsausschuss genehmigte diese universitätsinterne Vereinbarung an seiner Sitzung vom 11. Juni und lieferte damit einen Beweis einer Solidarität, die gerade in diesen schwierigen Zeiten von besonderer Bedeutung ist.

Annemarie Etter

Université de Fribourg

Neue Einteilung des akademischen Jahres: das Sommersemester soll nun 10 Wochen dauern. – Die Studentenschaft der Universität hat eine erfolgreiche Umfrage unter den Studierenden durchgeführt. – Das Rektorat hat Richtlinien für die Weiterbildung erlassen. – Die Leitung der Pressestelle hat Herr Philippe Trinchan von Herrn Willy Kaufmann übernommen. – Unter den zahlreichen Veranstaltungen soll ein Kolloquium über Restauration der romanischen Fresken und die Tagung der Neuen Schweiz. Chemischen Gesellschaft erwähnt werden.

Pour la première fois, l'année universitaire a été divisée à Fribourg en deux semestres équilibrés. Auparavant, le semestre d'été ne comptait pas plus de dix semaines, alors que le semestre d'hiver représentait les deux-tiers de l'année. Comme il est naturel, cette réforme fut accueillie de manière très diverse par les enseignants et les étudiants. Entre autres critiques formulées contre le nouveau système, on a déploré l'incapacité dans laquelle se sont trouvées les universités d'harmoniser complètement leur calendrier, mettant en difficulté les personnes qui travaillent dans deux endroits à la fois.

Au cours du semestre d'été l'évaluation de l'université est entrée dans sa phase finale. Les facultés et les divers organes de la communauté universitaire impliqués ont pu déposer des remarques sur le rapport qui leur a été montré. Pourquoi des étudiants choisissent-ils l'Université de Fribourg ? Comment jugent-ils l'offre de formation, la qualité de l'enseignement, les conditions d'études ? Travaillent-ils à côté de leurs études ? Autant de questions auxquelles une enquête conduite par l'Association générale des étudiants de Fribourg a tenté de répondre dans le cadre de l'évaluation

en cours. 1800 questionnaires ont été envoyés. 37% des étudiants interrogés ont répondu.

Le Conseiller d'État Augustin Macheret, chef du Département de l'Instruction publique, a présenté le 10 avril l'avant-projet de la nouvelle loi de l'Université de Fribourg, mais les débats au Grand Conseil n'auront pas lieu avant l'automne. Le Rectorat a émis des directives relatives à la formation continue (Weiterbildung), une des tâches prioritaires de l'université. Le Recteur a également attiré l'attention de la communauté universitaire sur l'entrée en vigueur de la nouvelle loi fédérale sur l'égalité entre femmes et hommes. «Heureux hasard du calendrier, l'Université vient d'engager une préposée aux questions féminines, dont l'une des principales tâches sera de promouvoir la place des femmes dans l'enseignement et la recherche et d'encourager la relève scientifique parmi les femmes.» (Mot du Recteur, Uni Reflets du 23 mai)

«Service Presse et Communication», un nouveau nom pour de nouvelles fonctions. L'information universitaire et scientifique a tourné une page à l'Université, non seulement dans son personnel, mais aussi par

rapport à ses moyens techniques et aux cadres socio-politiques qui l'environnent. M. Willy Kaufmann, qui a fondé le service de presse et l'a animé, pendant près de vingt ans avec bonne humeur et dévouement, a passé la main à M. Philippe Trinchan, qui exercera cette tâche à plein temps. Le n° 3 d'Universitas Friburgensis était consacré à la justice.

Le printemps ne se contente pas de ramener les hirondelles, il ouvre la saison des colloques, qui furent particulièrement nombreux et divers cette année. Parmi les manifestations, signalons un colloque sur la restauration des fresques romaines, couplé à une exposition au Musée d'Art et d'Histoire sur les découvertes de la villa

gallo-romaine de Vallon, et la réunion, sous la présidence du Prof. A. von Zelewsky de la Neue Schweizerische Chemische Gesellschaft, qui compte 2500 membres. La journée de l'Europe du 7 mai fut une belle réussite : 500 personnes se sont déplacées pour écouter M. le Conseiller fédéral Flavio Cotti et la médiatrice de l'OSCE, Mme Gret Haller parler des derniers développements de la sécurité en Europe. Ces manifestations ne doivent pas occulter les journées de travail, colloques et expositions qui se sont succédé en grand nombre durant ce semestre et se poursuivront pendant les vacances.

Marcel Piérart

Université de Genève

*Le rapport concernant le semestre d'été 1996 ne nous est pas encore parvenu.
Der Bericht über das Sommersemester 1996 ist bis heute nicht eingetroffen.*

Ecole polytechnique fédérale de Lausanne

*Le rapport concernant le semestre d'été 1996 ne nous est pas encore parvenu.
Der Bericht über das Sommersemester 1996 ist bis heute nicht eingetroffen.*

Universität St. Gallen

Du point de vue officiel, le semestre d'été s'est caractérisé par des événements comme la cérémonie de promotion de mi-avril; les discussions de management internationales (SC) de la fin de mai; ou encore le Dies academicus de juin et des réunions et jubilés de certains instituts vers début de l'automne. – Les organes universitaires se sont concentrés avec des tâches du dehors moins spectaculaires mais aussi inégalement importantes pour l'avenir de la HSG (l'Université de St.Gallen) comme celle de nouveaux postes de professeurs ou encore de l'adaptation du statut universitaire encore valable à la nouvelle loi d'Université du 1er octobre 1995.

Zum Semesterauftakt erhielten 78 Doktor(inn)en und 249 Diplomand(inn)en an der Promotionsfeier der HSG ihre Urkunden. Die Promotionsrede war dem Thema «Bleiben wir Pioniere!» gewidmet.

Vor zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland verlieh die HSG zwei Persönlichkeiten das Ehrendoktorat: Werner Kirsch (München) ist neuer Ehrendoktor der Wirtschaftswissenschaften, Karl Spiro (Basel) neuer Ehrendoktor der Rechtswissenschaft. Der mit 25'000 Franken dotierte Latsis-Preis ging an Andreas Ziegler. Die Ansprache des Rektors galt der schweizerischen Hochschulpolitik, die sich im Umbruch befindet. Namentlich wurde vor den fatalen Folgen für unser Hochschulsystem gewarnt, wenn extreme Forderungen einzelner Kantone zu einem Scheitern der Konkordatsverhandlungen führten sollten. Bei der Revision des Hochschulförderungsgesetzes gelte es gemäss zu vermeiden, «dass die Universitäten selbst, vertreten durch die Schweizerische Hochschulrektorenkonferenz, bei dieser Strukturreinigung aus dem politischen Entscheidungsprozess gleichsam ‚ausgeklinkt‘ und zu reinen Befehlsempfängern der politischen Organe werden». Jean Nicolas

Druey, Ordinarius für Zivil- und Handelsrecht an der HSG, ging in seiner Festrede von der Feststellung aus, dass das Recht zum Schutz des Menschen, und namentlich seiner Freiheit da sei: «Aber in unserer Zeit wuchert es und bedroht eben diese Freiheit. Letztlich leidet unter dieser Überproduktion aber auch das Recht selber; Quantität beeinträchtigt Qualität.»

Die heutige Universität St. Gallen, 1898 als Handelsakademie gegründet, feiert 1998 unter dem Titel «100 Jahre HSG» ihr hundertjähriges Bestehen mit zahlreichen Veranstaltungen und Projekten in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur. Dabei sollen neben dem Rückblick auf Vergangenes vor allem Impulse für die Universität als «Zukunftswerkstatt» ausgehen. Nicht zuletzt mit Blick auf die Suche von Sponsoren für einzelne Projekte informierte das Rektorat bereits jetzt eine breite Öffentlichkeit via Medien über das in anderthalb^{Jahren} startende Jubiläumsjahr. Das Motto «Zukunftswerkstatt» soll dazu motivieren, die Geschichte der Institution und der hier gelehrtten Wissenschaften nicht nur (bewundernd) zu betrachten, sondern kritisch mit ihr umzugehen und aus ihr für die Zukunft – zu deren Bewältigung

eine Universität wie die HSG einen Beitrag leisten wolle – zu lernen. So sind denn die aus wissenschaftlicher Sicht im Zentrum des Jubiläumsjahres stehenden, gleichzeitig stattfindenden Forschungsgespräche in allen vier Abteilungen der HSG (Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft, Kulturwissenschaften) den Entwicklungsperspektiven der jeweiligen Disziplinen gewidmet, wie der Delegierte für das Jubiläum, Johannes Anderegg, erläuterte. Diese Gespräche, zu denen international reputierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingeladen werden, wollen den zukunftsgerichteten Dialog in der Forschung ermöglichen. Das Gespräch besonders pflegen will die HSG im Jubiläumsjahr auch mit den ebenfalls 1898 gegründeten Handelshochschulen bzw. Wirtschaftsuniversitäten von Aachen, Leipzig und Wien. Auf eine herkömmliche Festschrift will die HSG bei diesem Jubiläum verzichten; an ihre Stelle tritt eine umfassende Publikation zu den über die Landesgrenzen hinaus bekannten und hoch eingeschätzten Kunstwerken an der Universität St. Gallen. Dieses Kunstbuch entsteht derzeit in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK) und wird durch eine Neuauflage des bisherigen, inzwischen überholten Kunstführers zur HSG ergänzt.

Erfreuliches ist erneut aus dem Bereich der Institute zu berichten:

Beim Wettbewerb «Technologiestandort Schweiz», einer seit acht Jahren durchgeführten Initiative von 14 Kantonen, die vom Bund und zahlreichen Sponsoren unterstützt wird, waren das Institut für Technologiemanagement (nach 1993 und 1994)

und das Institut für Wirtschaftsinformatik (nach 1994 und 1995) erneut unter den preisgekrönten Projekten. Beide Hochschulinstitute bewarben sich unabhängig voneinander mit Softwarelösungen, die im Rahmen von geförderten Forschungsprojekten entwickelt wurden und heute in zahlreichen Partnerunternehmen eingesetzt werden.

Mitte Juni wurde das neue, vom Institut für Europarecht konzipierte und durchgeführte Nachdiplomstudium der Universität St. Gallen im Europäischen und Internationalen Wirtschaftsrecht (MBL-HSG) mit dem Einführungsblock gestartet. Das neue Studienangebot entspricht einem grossen Bedürfnis: 58 Studierende aus Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz haben das Programm in Angriff genommen.

Mit einer wissenschaftlichen Tagung, die sich unter anderem den Entwicklungstendenzen in Pädagogik, Schulwesen und Lehrerfortbildung in verschiedenen Ländern widmete, beging das Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) Ende August das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens. Das Institut für Wirtschaftspädagogik der Universität St. Gallen wurde 1971 von Rolf Dubs gegründet und wird bis heute von ihm geleitet. Ebenfalls von Anfang an dabei und heute als Co-Direktor im Institut ist Christoph Metzger. Der Grundbeitrag der Universität an das IWP insbesondere an die Lehrtätigkeit in der Ausbildung von Handelslehrer(inne)n macht nur gerade 5 Prozent aus, und 95 Prozent werden vom Institut selbst durch Auftragsforschung, Gutachten und Weiterbildungsangebote erwirtschaftet. Vor allem die For-

schungs- und Gutachtertätigkeit der Professoren des Instituts ist längst nicht mehr nur auf die Schweiz beschränkt, derzeit werden Projekte in Deutschland, Österreich, Ungarn, USA, Singapore, Indien und China vom IWP-HSG betreut, das seinen Sitz in unmittelbarer Nähe der Universität an der Guisanstrasse 9 hat.

Vor 50 Jahren wurde das «Schweizerische Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Universität St. Gallen» (IGW) gegründet. Am 20. September 1996 fand im Weiterbildungszentrum der Universität St. Gallen die Jubiläumsfeier statt. Vor knapp 200 geladenen Gästen betonte Regierungsrat Hans-Ulrich Stöckling die Bedeutung der Klein- und Mittelunternehmen für die Schweiz und damit die des IGW für die HSG; in der Lehre zeige sich die Bedeutung beispielsweise im Vertiefungsgebiet «Betriebswirtschaftslehre für KMU». Das IGW gilt als Beispiel dafür, wie der praxisorientierte Wissenstransfer zwischen Universität und wirtschaftlicher Praxis funktionieren kann. Es zeigt mit einem umfassenden Weiterbildungsangebot an Führungskräfte aus KMU, wie die Universität ihren Weg zu den Unternehmen in der Praxis finden kann. Ebenfalls auf Universitäts-ebene angesiedelt ist das «Intensivstudium KMU», bei dem aktive Führungskräfte aus KMU berufsbegleitend mit dem «KMU-Diplom-HSG» abschliessen können. Die Durchführung dieses 60 Tage dauernden Studienprogramms obliegt ebenfalls dem IGW. Unter der Federführung von Alfred Guttersohn widmete sich das Institut zunächst intensiv dem Gewerbe – daher der

Name des Organs. Seit der Übernahme der Leitung durch Hans Jobst Pleitner hat sich der Fokus des Instituts zu den Klein- und Mittelunternehmen (KMU) erweitert.

Im Universitätsrat, im Rektorat und im Lehrkörper waren Mutationen zu verzeichnen: Für die auf Ende Juni zurücktretenden Mitglieder des Universitätsrates Dr. Kurt Bigler, Dr. Max Lehner und Rita Roos-Niedermann wurden neu Dr. Anton Kühne und Maria Schneider-Feil gewählt, ein Sitz ist zurzeit noch vakant.

Unter der Rubrik «Amt und Ehre» war wiederum Erfreuliches in der Chronik der Universität St. Gallen zu vermerken: Johannes Anderegg, Ordinarius für Deutsche Sprache und Literatur und alt Rektor der HSG, «der mit seinen Arbeiten zur Sprach- und Literaturtheorie das Verständnis religiöser Sprache nachhaltig gefördert und zur Klärung von Problemen der Bibelübersetzung Wesentliches beigetragen hat», wurde von der Theologischen Fakultät der Universität Zürich der Titel eines Doktors der Theologie ehrenhalber (Dr. theol. h.c.) verliehen. Werner Brönnimann, Vollamtlicher Dozent für Englische Sprache und Literatur, wurde von der Universität Basel zum Titularprofessor für Englische Philologie ernannt. Jean-Pierre Jetzer, Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre, wurde vom Bundesrat zum Direktor der Zweiganstalt St. Gallen der Nationalbank gewählt. Christian J. Meier-Schatz, Ordinarius für Privat- und Wirtschaftsrecht, ist vom Bundesrat in die Eidgenössische Bankkommission (EBK) gewählt worden.

Georges Fischer, Rektor

Université de Lausanne

Vorgesehener Zusammenschluss mit der Universität Genf. – Stellungnahme des Rektorats zum Projekt eines «réseau hospitalo-universitaire lémanique». – Die wichtigsten Projekte für das akademische Jahr 1996/97 sowohl der gesamten Universität wie auch der einzelnen Fakultäten.

Rapprochement institutionnel avec l'Université de Genève

En date du 1er février 1996, les Rectorats des Universités de Lausanne et de Genève rendaient publique une Déclaration d'intention aux termes de laquelle ils s'engageaient à oeuvrer de concert à la construction d'un établissement universitaire regroupant l'ensemble des ressources humaines et matérielles des deux hautes écoles lémaniques, et dont la politique, la direction, la gestion et les procédures soient communes à tous les niveaux.

Les objectifs de la démarche sont l'élargissement de l'offre de formation, la constitution d'équipes de recherche solides et performantes, la coordination des activités de service et des investissements, ainsi que la maîtrise des coûts dans un contexte économique de plus en plus défavorable.

Un groupe de travail présidé par une personnalité extérieure sera appelé, dès 1997, à définir les principes fondateurs et les modalités de fonctionnement du futur établissement universitaire commun. Les moyens susceptibles de favoriser le processus de rapprochement sont la mise en oeuvre de politiques académiques communes, ainsi que l'unification des règles et des procédures académiques, juridiques et

administratives entre les deux institutions. Engageant l'ensemble des facultés et écoles des deux institutions, le processus proposé se fera nécessairement par étapes. Pour l'heure, il a donné lieu aux démarches et décisions suivantes:

Mise en place d'une organisation commune

- Création d'un Conseil rectoral

Dans le prolongement de leur Déclaration d'intention, les Rectorats des deux universités se sont constitués en Conseil rectoral, afin d'aborder les différents aspects du processus de rapprochement institutionnel et de coordonner les réflexions et actions s'y rapportant. Ce Conseil rectoral se réunit mensuellement. Ses séances ont été prolongées à deux reprises par des rencontres avec les doyens des facultés et écoles des deux universités.

- Création d'un Fonds de coordination

Un Fonds de coordination, alimenté pour l'heure à concurrence de Fr. 350'000.– par l'Université de Genève et de Fr. 250'000.– par l'Université de Lausanne, a été créé pour financer des projets, activités ou tâches en relation avec le processus de rapprochement entre les deux institutions.

- Nomination de deux adjoints à la coordination

Le Conseil rectoral s'est attaché deux collaborateurs en qualité d'adjoints à la coordination Genève-Lausanne, chacun étant affecté à l'un des sites. Ces collaborateurs ont pris progressivement leurs fonctions depuis le début de l'année; à ce jour, ils se consacrent entièrement à leur nouvelle activité.

- Planification universitaire

Le Conseil rectoral a décidé de l'élaboration en commun de la planification universitaire exigée par les instances nationales de coordination académique (planification stratégique « horizon 2006 » et planification quadriennale 2000–2003). L'ensemble des doyens des facultés et écoles partenaires ont ainsi été invités à se concerter en vue de la préparation de documents de planification uniques.

La réflexion conjointe ainsi engagée portera notamment sur le développement harmonisé des prestations d'enseignement et de recherche, la coordination de l'acquisition des équipements scientifiques, ainsi que sur l'optimisation de l'utilisation des ressources humaines, matérielles et financières des deux institutions.

L'opportunité offerte par la planification au plan national a permis au Conseil rectoral de progresser plus rapidement et sur une plus large échelle que prévu. Toutes les facultés et leurs principales subdivisions ont en effet été engagées dans la définition de politiques communes sur les deux sites. L'élaboration d'un seul plan stratégique, dont la remise aux instances nationales est

fixée au 28 février 1997, donnera un premier contenu à la politique académique commune des deux universités.

- Coordination des travaux des commissions de structure et de présentation

Une coordination renforcée au niveau des commissions de structure et de présentation a été mise en place depuis la rentrée académique 1996-97. Chacune des commissions concernées devra accueillir en son sein un représentant au moins de l'autre université. Les rapports de ces instances devront en outre faire l'objet d'un préavis de la part du Décanat de la faculté partenaire, et être soumis pour validation au Conseil rectoral des deux universités. La cohérence des prestations d'enseignement et de recherche, ainsi que l'élargissement de l'offre de formation, sont en jeu.

- Position face au projet de réseau hospitalo-universitaire lémanique

Le Conseil rectoral a élaboré une prise de position commune dans le cadre de la procédure de consultation relative au projet de réseau hospitalo-universitaire lémanique («Rapport Vittoz» du 31 janvier 1996). Inscrite dans le prolongement de la Déclaration d'intention du 1er février 1996, la position du Conseil rectoral prend appui sur le principe du maintien des Facultés de médecine au sein des structures universitaires. De fait, l'appartenance des Facultés de médecine à l'Université est garante à la fois:

- de la mise à disposition des flux financiers destinés à l'enseignement et à la recherche médicaux;

- du développement des activités d'enseignement et de recherche médicaux;
- enfin, du développement de la collaboration des Facultés de médecine avec les autres facultés universitaires, de même qu'avec les autres instances de formation et de recherche locales, nationales et internationales

Le Conseil rectoral a ainsi proposé un modèle d'organisation tenant compte à la fois des objectifs hospitaliers et des objectifs universitaires, et destiné à assurer la solidité des liens entre structures hospitalières et structures académiques. Dans cet esprit, et partant du maintien d'une structure de gestion académique sur chacun des deux sites, il a proposé l'action conjuguée de deux instances de coordination interuniversitaire. Le Conseil rectoral serait ainsi chargé de l'octroi aux Facultés de médecine des enveloppes budgétaires destinées à l'enseignement et à la recherche. Le Conseil décanal se verrait confier la responsabilité de la répartition des activités académiques entre les deux sites.

- Intégration des systèmes d'informatique administrative

En juin 1996, le Conseil rectoral a mandaté un consultant externe pour un audit, sur chacun des deux sites, des services d'informatique administrative. Le consultant a été chargé de procéder à l'étude de l'existant (organisation et applicatifs) et de mettre en évidence les pistes susceptibles de conduire à la convergence, voire à l'intégration des deux systèmes informatiques actuels. L'objectif visé consiste en la mise sur pied d'une informatique conviviale, ré-

pondant aux besoins des utilisateurs, fondée sur un partage des coûts de développement et favorisant la pérennité des investissements.

- Harmonisation des conditions d'immatriculation des étudiants

Les conditions d'immatriculation seront entièrement harmonisées à partir de la rentrée académique 1997-98. Une brochure d'information commune aux deux universités a d'ores et déjà été éditée dans cette perspective.

Politique d'information

Sur le plan intercantonal, le Conseil rectoral a tenu deux séances avec les Chefs des Départements de l'instruction publique des cantons de Vaud et de Genève. Les recteurs ont en outre rencontré les promoteurs vaudois et genevois du Forum interparlementaire romand le 8 novembre 1996 à Nyon. Sur le plan national, des démarches d'information ont été effectuées à l'endroit des personnalités suivantes:

- M. Augustin MACHERET, président de la Conférence universitaire suisse
- M. Jean GUINAND, président de la Conférence universitaire de Suisse occidentale
- MM. les membres de la Conférence des recteurs des universités suisses

Le Conseil rectoral organisera en outre un déjeuner d'information à l'intention des représentants vaudois et genevois aux Chambres fédérales le 11 décembre 1996 à Berne.

Des contacts sont également prévus avec la

Conseillère fédérale en charge du Département fédéral de l'intérieur, le Chef du Groupement de la science et de la recherche, ainsi qu'avec le Directeur de l'Office fédéral de l'éducation et de la science.

Le Conseil rectoral a enfin convenu de l'élaboration d'une politique d'information régulière relative à l'avancement du processus de rapprochement entre les deux institutions. Chacune de ses séances donne d'ores et déjà lieu à la publication d'un communiqué dans les organes d'information interne des deux universités. Depuis de la rentrée 1996-97, des pages communes consacrées à ce processus sont insérées dans les magazines CAMPUS (Genève) et ALLEZ SAVOIR! (Lausanne).

Evolution générale et priorités d'action des autorités universitaires lausannoises

Les principaux facteurs qui marqueront la vie et les activités de l'Université de Lausanne au cours de l'année académique 1996-1997 sont les suivants:

- péjoration de la situation financière de l'Université, dont le plan financier 1997-2000 prévoit une réduction budgétaire de 18 millions de francs
- introduction d'un nouveau régime financier provisoire, dit de conduite budgétaire par groupes de comptes, qui permettra d'atténuer les effets des coupes budgétaires
- révision de la Loi sur l'Université (autonomie de l'institution, renforcement des compétences des organes exécutifs, adaptation des règles de fonctionnement et de gestion)

- préparation de la contractualisation entre l'Etat et l'Université.

Les priorités d'action des autorités universitaires s'articuleront dès lors autour des 7 objectifs suivants:

- introduction de la gestion par projets avec, à la clé, mise au concours de projets prioritaires valorisant l'innovation dans l'enseignement, ainsi que les activités interdisciplinaires
- lancement des travaux visant à l'établissement d'un contrat de prestations avec l'Etat avec, en amont, réorganisation des procédures de traitement financier et comptable
- réforme du cahier des charges des enseignants
- généralisation des démarches d'évaluation des enseignements, ainsi que des unités d'enseignement et de recherche (en collaboration avec l'Université de Genève)
- introduction généralisée du système eurocompatible des crédits académiques d'ici la rentrée 1997-98
- réforme des études au premier cycle
- introduction d'enseignements en langues étrangères dans les cursus de licence.

Projets et réalisations marquant la rentrée académique 1996-1997

La rentrée académique 1996-1997 est marquée par les projets et réalisations suivants: Faculté de théologie: lancement d'une souscription publique pour la création d'une chaire de judaïsme.

Faculté de droit: préparation de formations de 3e cycle communes avec l'Université de

Genève (diplôme d'études approfondies en sciences criminelles, fusion des postgrades en études européennes/droit européen, diplôme d'études approfondies en droit des affaires).

Faculté des lettres: lancement de consultations interfacultaires portant sur la création d'un Département d'histoire regroupant les enseignants et chercheurs des Facultés des lettres, des SSP et de droit.

Faculté des sciences sociales et politiques: mise en place d'examens d'admission destinés aux candidats non porteurs d'un baccalauréat; passage des études à quatre ans; lancement de consultations en vue de la création de filières postgrades communes avec l'Université de Genève.

Ecole des Hautes Etudes Commerciales: mise en place d'examens d'admission destinés aux candidats non porteurs d'un baccalauréat; semestrialisation des cours de licence, destinée à favoriser l'eurocompatibilité des programmes et, partant, la mobilité estudiantine; lancement d'une nouvelle formation en économie et management de la santé, en collaboration avec la Faculté de médecine et le Service des hospices cantonaux vaudois; mise en place d'un programme d'études doctorales.

Faculté des sciences: création d'une chaire de physique de la matière vivante; entrée en vigueur du nouveau plan d'études en biologie; lancement du diplôme d'études supérieures en chimie UNIL-UNIGE-EPFL.

Faculté de médecine: poursuite de la réforme des études (introduction de l'appren-

tissage par problèmes en 3e année); adaptation des structures de l'enseignement et de la recherche aux exigences de l'interdisciplinarité; organisation des activités de recherche en tenant compte de la réalité des sites (Bugnon: neurosciences et métabolisme organismique; Ouest du CHUV: métabolisme moléculaire, maladies cardiovasculaires; Epalinges: oncologie, onco-immunologie, immunologie des maladies infectieuses et parasitaires); création d'un enseignement postgrade en ingénierie biomédicale avec l'EPFL.

Parmi les nouveautés marquant la rentrée 1996-1997, mentionnons enfin:

- la possibilité offerte aux gymnasiens vaudois de s'immatriculer à l'Université par l'intermédiaire du réseau INTERNET, à partir de 1997;
- la réalisation du nouveau site de l'Université sur le réseau INTERNET; le site contient quelque 10'000 documents www, ce qui en fait probablement l'un des sites universitaires les plus complets de Suisse;
- la création d'INTERNETUNIL, un service permettant aux étudiants d'accéder au réseau INTERNET pour Fr. 60.- par semestre (adresse électronique, création de documents www, accès à domicile)
- la mise sur pied d'UNISTAGES, un programme d'incitation à la réalisation de stages d'étudiants dans des entreprises publiques et privées.

Eric Junod

Recteur de l'Université

Université de Neuchâtel

Das wichtigste Ereignis des Sommersemesters 1996 war die Genehmigung des neuen Universitätsgesetzes, das am 1. Juni 1997 in Kraft tritt, durch den Grossen Rat am 26. Juni. – Seine wichtigsten Bestimmungen (grössere Autonomie der Universität). – Evaluation des Unterrichtes und der Forschung in den Einheiten: das Privatrecht, Geschichte und Journalismus. – Seminare und Kolloquien. – Die Universität nahm am «Salon des régions de livre» in La Chaux-de-Fonds vom 19.–22. September teil.

Nouvelle loi sur l'Université

Le principal événement du semestre d'été est l'adoption par le Grand Conseil neuchâtelois, le 26 juin 1996, de la nouvelle loi sur l'Université, qui entrera en vigueur le 1er juin 1997.

L'Université est dorénavant qualifiée d'autonome (art. 4 al. 1). Elle acquiert ainsi le droit d'édicter l'ensemble de la réglementation nécessaire à son organisation et à son activité, hormis le règlement général qui demeure de la compétence du Conseil d'État (art. 65 al. 1). Le rectorat reçoit la compétence de nommer, en plus des assistants, les chargés de cours et les collaborateurs de l'enseignement et de la recherche. Comme une véritable autonomie ne peut se concevoir sans l'aspect financier, l'Université se verra mettre à disposition une enveloppe budgétaire dont elle décidera de l'affectation (art. 4 al. 3 et 60 al. 1). Cependant, cette autonomie n'est pas complète, car l'État continuera, comme par le passé, de fixer le niveau des salaires et le montant des taxes. Il se réserve un droit de surveillance, en particulier sous la forme de la ratification des règlements internes et

des règlements d'examens. Ce nouveau système devrait permettre à l'Université de mieux gérer son développement, de faire des choix véritables, ce qui implique un sens accru des responsabilités et du courage de la part de ses autorités.

L'Université doit veiller à donner une plus grande place aux femmes en favorisant une représentation équilibrée des deux sexes au sein de la communauté universitaire (art. 12). La pratique va déjà dans ce sens. Ces dernières années huit femmes ont été nommées professeurs ordinaires ou extraordinaires.

Le principe du libre accès à toute personne titulaire de la maturité fédérale ou d'une autre titre reconnu est maintenu. L'État estime en effet que l'Université est en mesure d'accueillir au moins 4'000 étudiants sans qu'il en résulte un encombrement excessif, une fois ses infrastructures complétées par un nouveau bâtiment d'auditoires, de bureaux et de bibliothèques sur les Jeunes Rives. Jusqu'à ce moment-là, la situation de la Faculté de droit et des sciences économiques, à laquelle seront destinés ces nouveaux locaux, restera précaire.

Évaluation des Unités d'enseignement et de recherche

Anticipant l'application de l'art. 13 al. 1 de sa nouvelle loi, qui prévoit l'évaluation périodique de ses activités d'enseignement et de recherche, l'Université a mis en œuvre l'évaluation de deux de ses Unités d'enseignement et de recherche (UER). Il s'agit du droit privé pour la Faculté de droit et des sciences économiques et de l'histoire et du journalisme pour la Faculté des lettres. Les rapports internes d'auto-évaluation ont été établis par les UER elles-mêmes et des experts extérieurs ont procédé à des entretiens d'évaluation. La procédure se terminera au cours du semestre d'hiver.

Séminaires et colloques

A l'occasion du 100e anniversaire de la naissance de Jean Piaget à Neuchâtel, s'est tenu un Colloque international intitulé «Penser le temps», du 8 au 10 septembre. De nombreux autres séminaires et colloques ont été organisés, notamment: Cours international de géographie de la santé (du 4 au 16 mars 1996) à Bevaix, Col-

loque international portant sur les langues et leurs images (6–8 mars), Colloques interdisciplinaires organisés par la Faculté de théologie (15 mars, 18 avril, 23 mai et 13 juin), Skilex (27–30 mars) à Crans-Montana, 4e Conférence internationale sur les stratégies marketing (2 mai), Journée d'étude du droit de la santé (21 juin) à La Chaux-de-Fonds, Journée de droit de la santé 1996 (26 septembre), 3e Journée de droit des ingénieurs (27 septembre), 4e Colloque d'orthophonie-logopédie (3–4 octobre), Colloque sur l'actualité et les enjeux de quelques logiques non classiques (4–5 octobre), 20e Colloque francophone de mammalogie (5–7 octobre), 9e Séminaire sur le droit du bail (11–12 et 25–26 octobre), Colloque de l'Institut d'ethnologie intitulé «Terrain, frontières, territoire».

L'Université a participé au Salon des régions du livre qui a eu lieu à La Chaux-de-Fonds du 19 au 22 septembre. Elle y tenait un stand commun avec l'Université de Franche-Comté.

Roland Ruedin

Universität Zürich

Pendant le semestre d'été 1996, le Rectorat et les Décanats se sont principalement occupés de la réalisation des avantages d'épargne incisés pour 1997. – En outre, le projet de réforme universitaire, en particulier l'esquisse pour une loi universitaire, a fait ses progrès. – Depuis que l'immatriculation est devenue sans autre obligatoire, le nombre des étudiants, qui avait diminué pendant les dernières années, a augmenté visiblement.

Universitätsgesetz

An der ausserordentlichen Sitzung vom 2. Juli 1996 hat der Senat (Versammlung der ganzen Professorenschaft und der Ständevertretungen) Stellung genommen zum Entwurf des neuen Universitätsgesetzes. Er hat sich praktisch durchgehend und mit grossen Mehrheiten hinter die vom Regierungsrat verabschiedete Fassung gestellt.

Als einzige Abweichung vom regierungsrätlichen Entwurf wollte der Senat im Gesetz verankert haben, dass die Vertretung der Universität im Universitätsrat aus dem Rektor, einem Professorenvertreter und je einem Vertreter bzw. einer Vertreterin der drei Stände (Privatdozenten, Mittelbau, Studierende) bestehen soll (analog zur heutigen Hochschulkommission) und dass diese auch das Stimmrecht erhalten sollen. Zu den Studiengebühren brachte der Senat eine neue Formulierung in die weitere Diskussion ein, die es vermeidet, im Gesetz Frankenbeträge zu nennen.

In der Schlussabstimmung verabschiedete der Senat seine Gesamtstellungnahme mit der eindrücklichen Zahl von 234 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen.

Aufgrund der politischen Vernehmlassung, in der 27 Institutionen Stellung genommen und zur Stossrichtung des Entwurfs breite

Zustimmung signalisiert hatten, wurde der vom Senat verabschiedete Gesetzesentwurf in einigen wenigen Punkten überarbeitet. Demnach sollen Universitätsleitung und Stände beratend im Universitätsrat vertreten sein; die Kompetenzen der kantonalen Behörden wurden in einem zusätzlichen separaten Teil umschrieben.

Der Regierungsrat wird den Entwurf demnächst dem Kantonsrat vorlegen.

Die Umsetzung der von der Regierung angeordneten Sparmassnahmen für 1996 und 1997 wurde vom Rektorat und den Fakultäten in enger Zusammenarbeit weiter geplant. Im personellen Bereich zeigt sich folgendes Ergebnis:

Streichung von Lehrstühlen: 6

Vorübergehende Vakanz von Lehrstühlen: 23

Streichung von Mittelbau- und Personalstellen: 38

Vorübergehende Vakanz von Mittelbaustellen: 39

Die Universität versucht, die Sparvorgaben schergewichtig durch verlängerte Vakanzen bei freiwerdenden Stellen (z.B. Wiederbesetzungsmoratorium von 6 Monaten bei nichtklinischen Stellen in der Medizinischen Fakultät) sowie durch Streichungen bzw. Nichtentschädigung von Lehraufträgen aufzufangen. Insgesamt müssen

etwa 15 eigentliche Entlassungen vorgenommen werden. Auf Initiative der Universität hat der Regierungsrat einen Rahmenbeschluss für Sozialpläne gefasst.

Der Senat hat am 2. Juli zuhanden der Öffentlichkeit eine Stellungnahme der Universität zu den Sparmassnahmen verabschiedet. Er macht darauf aufmerksam, dass die Budgetkürzungen einen empfindlichen Qualitätsverlust für die Universität bedeuten.

Immatrikulationspflicht:

Die konsequente Durchsetzung der Immatrikulationspflicht hat dazu geführt, dass die Zahl der immatrikulierten Studierenden im Sommersemester gegenüber dem Vorjahr um 18% auf 17'617 zugenommen hat.

Aus den Fakultäten:

- Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät plant eine neue Studienrichtung «Banking and Finance».
- An der Medizinischen Fakultät erweist sich das im Unterrichtsgesetz vorgesehene obligatorische Vorpraktikum mangels Plätzen als nicht realisierbar.
- Die Veterinär-medizinische Fakultät unterzieht sich einer Portfolio-Analyse und schafft damit die Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Universität Bern und der ETH Zürich.

- Beschlossen und bereits teilweise realisiert wurde an der Philosophischen Fakultät I die Aufwertung der bisherigen Nebenfächer Publizistik und Politikologie zu Hauptfächern. Dem Ausbau der Ostasienwissenschaft kommt Priorität zu.

- An der Philosophischen Fakultät II erfährt der Schwerpunkt Zell- und Molekularbiologie eine Stärkung.

Eine Auswahl markanter Ereignisse:

- 15./16.3. 10-Jahr-Jubiläums-Symposium Ceramic Reconstruction in der Zahnheilkunde.
- 1.4. Abschluss der ersten Bauetappe der Sanierung Kollegiengebäude mit der Inbetriebnahme neugestalteter und -eingerrichteter Hörsäle und diversen Umzügen, unter anderem der Kanzlei in den Turm. Beginn der zweiten Etappe.
- 27.4. Dies mit Rektoratsrede: Universitätsreform und New Public Management
- 16.-22.6. Joyce-Symposium
- 3.-7.9. 25-Jahr-Jubiläumskongress Europ. Gesellschaft für Kieferchirurgie
- 18.9. 50-Jahr-Gedenkfeier Churchill-Rede mit Aussenminister Rifkind
- 7.10. Bekanntgabe der Nobelpreis-Verleihung an Prof. Zinkernagel

K. Reimann, Universitätssekretär

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

*Le rapport concernant le semestre d'été 1996 ne nous est pas encore parvenu.
Der Bericht über das Sommersemester 1996 ist bis heute nicht eingetroffen.*